

Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck

**Referat zum „Tag der Verbände im Bistum Essen“ zum Thema „Das Sozialbistum Essen. Selbstverständnis, Herausforderungen und gesellschaftliche Positionierung.“
am Samstag, 2. Oktober 2010 in der Akademie „Die Wolfsburg“**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine Herren Präsidés,
sehr geehrte Diözesanvorsitzende der Verbände im Ruhrbistum,
meine Damen und Herren aus den Vorständen der Verbände,

ich danke Ihnen für die Einladung zum „Tag der Verbände“ und für die gute Idee, dabei das Bistum Essen als „Sozialbistum“¹ zu thematisieren. Der Begriff „Sozialbistum“ ist einmalig in der Landschaft der Katholischen Kirche der Bundesrepublik Deutschland und ist zu einem Synonym für das Bistum Essen geworden. Bei einer ersten Betrachtung verweist der Begriff „Sozialbistum“ zunächst auf die biblische Botschaft, ist doch die Bezeichnung „Sozialbistum“ in spezifischer Weise Ausdruck des immerwährenden Auftrags der Kirche, das Evangelium vom Reich Gottes als Evangelium des Lebens, der Freiheit, Gerechtigkeit und Versöhnung bis an die Grenzen der Erde zu tragen und es allen Menschen zu bezeugen (Mt 28, 19-20). Die Botschaft vom Reich Gottes hat eine soziale Dimension und mit ihr geht soziale Sprengkraft einher. „Kirche sein“ steht immer unter dem Anspruch, das uns zugesagte, kommende Reich Gottes heute schon zu verwirklichen. Christentum ist nicht Opium für das Volk und die Hoffnung auf Erlösung meint eben nicht Vertröstung auf das Jenseits: Wo Menschen Gerechtigkeit, Freiheit und Versöhnung erfahren, da werden sie heute schon „heil“ und können die zukünftigen Konturen des kommenden Reiches Gottes hier und heute schon erahnen. In diesem Sinne ist Glaube notwendig politisch. Es geht um den konkreten Einsatz zum Wohl aller Menschen, es geht uns um das gesellschaftliche Gemeinwohl – ein Begriff der in seiner Abstraktheit vielen nichts mehr sagt, ein Begriff, der konkret zu füllen ist.

Wo und wann der Begriff „Sozialbistum“ zum ersten Mal verwendet wurde, lässt sich nicht mehr genau rekonstruieren. Es ist aber nahe liegend, dass dieser Begriff historisch

¹ Vgl. dazu auch Joachim Wiemeyer, Das Bistum Essen als soziales Bistum, in: Reinhard Göllner (Hg.), Das Ruhrbistum in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. 50 Jahre Bistum Essen (= Theologie im Kontakt Bd. 17), Münster: Lit 2010, 139-158.

gewachsen ist, das heißt, dass er über die Zeit von verschiedenen Menschen – vor allem durch vielfältiges verbandlich-soziale Engagement von Laien – in unterschiedlichen Situationen geprägt worden ist. Um Aussagen über das Selbstverständnis des Bistums Essen als Sozialbistum machen zu können, kann es daher hilfreich sein, in die Geschichte des Bistums zu blicken. Indem ich im Folgenden erstens an den Auftrag und die frühe Prägung des Bistums erinnere, dann aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen thematisiere und schließlich einige Konsequenzen für die Verbandsarbeit im Bistum Essen benenne, möchte ich den Begriff „Sozialbistum“ ein wenig interpretieren.

I. Auftrag und Prägung

Am 1. Januar 1958 wurde durch die Bulle *Germanicae gentis* von Papst Pius XII. das Bistum Essen gegründet. Diese Gründung war ein außergewöhnlicher Vorgang in der Katholischen Kirche Deutschlands. Papst Benedikt XVI. schrieb in seiner Botschaft zum 50jährigen Gründungstag der Diözese Essen am 1. Januar 2008: „Eine Teilkirche gründet die Kirche nicht alle Tage, nicht an allen Orten und schon gar nicht ohne guten Grund. (...) Schon einige Jahrzehnte vor der Gründung des Bistums gab es einen solchen Plan, ‚damit die Kirche‘, so hieß es, ‚den arbeitenden Menschen in dem ständig wachsenden Ballungsraum näher komme und tiefer verwurzelt werde‘. Um in der Welt der Industrie, in den Betrieben unter und über Tage, in den Spannungen zwischen sozialem Engagement und wirtschaftlichen Interessen, denen der einzelne fast ohnmächtig ausgeliefert war, christlich leben und arbeiten zu können, wurde das ‚Ruhrbistum‘, wie es bald genannt werden sollte, gegründet. Mit ihm wurde das ‚Kreuz Christi über Kohle und Eisen‘ errichtet, begleitet von großen Hoffnungen und hohen Erwartungen.“ – soweit Papst Benedikt.

Die soziale Verantwortung für die Menschen in der Region ist dem Bistum Essen also in die Wiege gelegt worden. Papst Benedikt beschreibt aber nicht nur vergangene Geschichte, er benennt zugleich bleibende Herausforderungen für unser Bistum: die Spannungen, in denen Menschen im Ruhrgebiet leben, sind auch heute wahrzunehmen und in Worte zu fassen. Das Ruhrbistum erschöpft sich nicht in einem romantischen Rückblick auf die Gründungszeit. Auch heute ist „politische Kommunikation“ und wirtschaftlicher Sachverstand gefragt, wenn es um den gesellschaftlichen Dialog der Kirche geht. Es geht um Solidarität mit den Menschen hier vor Ort und es ist bleibender Auftrag von Kirche Anwalt für die Armen zu sein, das heißt, denen Stimme zu geben, die ansonsten keine Lobby haben.

Viele Ereignisse und vor allem Franz Kardinal Hengsbach als Gründungsbischof selbst haben das Ruhrbistum als Sozialbistum geprägt. Ich kann hier nicht alles erwähnen, vielmehr möchte ich neben der Bistumsgründung exemplarisch drei weitere Ereignisse in Erinnerung

rufen, in denen bleibend Charakteristisches für das Ruhrbistum als Sozialbistum zum Ausdruck kommt:

1. Bereits ein Jahrzehnt vor der Bistumsgründung prägte der 73. Deutsche Katholikentag, der 1949 in Bochum stattfand, das spätere Ruhrbistum. Franz Hengsbach fungierte damals als Generalsekretär. „Gerechtigkeit schafft Frieden“, so lautete das Leitmotiv der Tage in Bochum. Außergewöhnlich war schon die Eröffnung des Katholikentages in einer Maschinenhalle des Bochumer Vereins. Die katholische Kirche in Deutschland wandte sich damit insbesondere an die Arbeiter. Dies zu einem Zeitpunkt, als auch im Westen für viele der Kommunismus noch als eine gesellschaftspolitische Alternative galt. Höhepunkt des Katholikentages waren die sogenannten „Bochumer Beschlüsse“. Sie umfassten Stellungnahmen zu aktuellen Fragen des inneren Friedens, zur Eigentumsfrage, zur Frage nach der Stellung der Frau in Familie und Beruf, es ging um „soziale Erziehung“ und um die Reform der Sozialversicherungen. Herzstück der Beschlüsse war aber die Problematisierung des Mitbestimmungsrechtes. So heißt es in der Schlussresolution des Katholikentages: „Die katholischen Arbeiter und Unternehmer stimmen darin überein, daß das Mitbestimmungsrecht aller Mitarbeitenden bei sozialen, personalen und wirtschaftlichen Fragen ein natürliches Recht in gottgewollter Ordnung ist, dem die Mitverantwortung entspricht.“² Auch wenn die naturrechtliche Begründung des Mitbestimmungsrechtes in der Folge weiter kontrovers diskutiert wurde, so war dieser Beschluss des Bochumer Katholikentages doch eine Stärkung der Arbeiter und eine moralische Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeit durch die katholische Kirche. Dadurch, dass der Katholikentag auf die beschriebenen Weise in Bochum stattgefunden hat, konnte die „soziale Frage“ genau in einem ihrer Entstehungskontexte gestellt werden, denn das vielfach vom Krieg zerstörte Ruhrgebiet wurde schnell wieder das industrielle Zentrum der jungen Bundesrepublik – mit allen einhergehenden Folgen. Als wiederentstehender urbaner Ballungsraum symbolisierte es in besonderer Weise die Probleme gesellschaftlicher Modernisierung. Die Kirche in der Ruhrgebietsregion stand damals und steht heute vor der Herausforderung, die Menschen in ihrer Arbeitswelt zu unterstützen. Dabei geht es ihr letztlich um die christliche Verantwortung für ein gelingendes und humanes Leben.
2. Das zweite Ereignis: 1968 fand der Katholikentag in der neuen Bischofsstadt Essen statt. Es war die Zeit kurz nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil, die von einer euphorischen Aufbruchstimmung in der katholischen Kirche Deutschlands geprägt war. Das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken hatte beschlossen, den zweiten Hauptteil der

² Gerechtigkeit schafft Frieden. Der 73. Katholikentag in Bochum, 114f.

Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute zum Thema des Katholikentages in Essen zu machen. Die Tage in Essen standen unter dem Leitwort „Mitten in dieser Welt“. Die entscheidende Zielrichtung beschrieb der damalige Generalsekretär des ZDK, Friedrich Kronenberg, so: „Der Katholikentag sollte also zunächst ein fragender Katholikentag sein; und so sehr man damit rechnen musste, nicht auf alle Fragen auch Antworten zu finden, so wenig sollte es erlaubt sein, bestimmte Fragen erst gar nicht zu stellen.“³ Damit begann eine neue Periode des deutschen Katholizismus: „Die Kirche wurde (...) dialogoffener als zuvor, Bischöfe und Laien kamen einander näher, suchten gemeinsam nach Wegen der Verwirklichung kirchlicher Erneuerung und des christlichen Weltauftrages.“⁴ Die innerkirchlichen Debatten waren stark geprägt von den ideologischen Auseinandersetzungen des gesellschaftlichen Kontextes der 68er Jahre. Zu den Anekdoten des Essener Katholikentages 1968 gehört der Austausch zwischen einer sich politisch als links artikulierenden Teilnehmergruppe und dem gastgebenden Bischof Franz Hengsbach: „Bischof Hengsbach, wir kommen, wir sind die linken Frommen.“ Darauf antwortete Bischof Hengsbach: „Herzlich willkommen, wenn ihr nicht nur links seid, sondern auch fromm.“ Damit gab Kardinal Hengsbach eine weitere Antwort auf die Frage nach dem Selbstverständnis des Sozialbistums: Wir pflegen den Dialog mit allen Menschen und Gruppierungen guten Willens und stehen damit (auch) in der Tradition des Katholikentages in Essen. Politisch stehen wir für die sogenannte „Äquidistanz“ zu allen Parteien. Seit dem Konzil tritt die katholische Kirche eindeutig für die Autonomie des Politischen ein. So neutral wir uns aber gegenüber den demokratischen Akteuren verhalten, so parteilich treten wir für die Menschen ein. Als eine Religionsgemeinschaft, die sich für das gesamtgesellschaftliche Gemeinwohl einsetzt, lassen wir uns nicht privatisieren, sondern vertreten so pluralismuskompatibel wie selbstbewusst den christlichen Öffentlichkeitsanspruch.

3. Im Mai 1987 besuchte Papst Johannes Paul II. das Bistum Essen. In seiner Ansprache auf der Halde in Bottrop betonte er die aktive Mitarbeit der Kirche in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung über Themen der Gerechtigkeit. Diese „aktive Mitarbeit ist eine Konsequenz aus der Weltverantwortung der Christen, auf Grundlage eines entschiedenen christlichen Glaubens.“⁵ Der Papst wusste um die besondere Verpflichtung des Ruhrbistums und betonte die Notwendigkeit, persönlich Bereitschaft zu zeigen. Denn nur wenn sich viele – Arbeitnehmer, Unternehmer, Politiker

³ Ferdinand Oertel, *Aufstand der Laien. Kritik prägte den Katholikentag 1968 in Essen*, in: *Die politische Meinung* (Nr. 378) – Mai 2001, 39-44, 41.

⁴ Ebd., 44.

⁵ Papst Johannes Paul II: *Ansprache zur „Welt der Arbeit“ in Bottrop am 2. Mai 1987*, in: 66-72, 70.

und Gewerkschafter – persönlich engagieren, kann Gerechtigkeit, Solidarität und partnerschaftliche Zusammenarbeit gewährleistet werden. Von einem solchen Dienst, so der Papst weiter, „wird auch in Zukunft die humane Gestaltung der Arbeitswelt, die Regelung gerechter Entlohnung, die Sicherung der Arbeitsplätze und die Leistungsfähigkeit der Unternehmen abhängen.“⁶

Soweit drei Ereignisse, die das Selbstverständnis des jungen Sozialbistums Essen maßgeblich geprägt haben. Mir ist bewusst, dass es noch viel mehr zu erzählen gäbe, wie z. B. die Mitbegründung des Initiativkreises Ruhr durch Kardinal Hengsbach, die gemeinsame Sozialarbeit der Konfessionen im Bergbau und bei Opel oder die vielfältigen Solidaritätsaktionen für Arbeitsplätze in der Region. Dennoch machen die genannten Geschehnisse bereits drei wesentliche Grundzüge des Selbstverständnisses unseres Sozialbistums deutlich: Der Katholikentag in Bochum hat uns die Sorge für die Humanisierung der Arbeitswelt zur Aufgabe gemacht, der Katholikentag in Essen hat uns die Notwendigkeit gesellschaftlicher Dialogbereitschaft und Weltoffenheit aufgezeigt und der Papstbesuch hat uns allen (jedem einzelnen) aktive Mitarbeit an gesellschaftlichen Fragen aufgetragen. Wenn ich aus diesen Aspekten das Selbstverständnis des Sozialbistums Essen ableite, dann ist die Diözese Essen als „Sozialbistum“ vor allem darum bemüht, in der Gesellschaft die Frage nach der Gerechtigkeit und dem Gemeinwohl zu stellen. Ein besonderer Blick gilt dabei der Arbeitswelt und den Lebenssituationen der Menschen. In Bezug auf die Frage nach dem Gemeinwohl und der Gerechtigkeit ist ein offener Diskurs mit allen gesellschaftlichen Akteuren zu führen. Nur dadurch kann es uns gelingen, ein Mehr an Gerechtigkeit in der Gesellschaft zu erreichen. Das Ringen um mehr Gerechtigkeit erfordert neben Diskursen aber auch die aktive Mitarbeit und das Bemühen um politische Partizipation.

III. Gesellschaftliche Herausforderungen

Das Selbstverständnis des Sozialbistums muss in konkreten Zusammenhängen deutlich werden. Das Selbstverständnis wird sozusagen immer wieder und immer wieder neu sozial herausgefordert. Die Pastorkonstitution „Gaudium et spes“ des Zweiten Vatikanischen Konzils formuliert in Abschnitt vier, dass es eine dauernde Verpflichtung der Kirche und des ganzen Gottesvolkes sei, „nach den Zeichen der Zeit zu forschen und sie im Lichte des Evangeliums zu deuten“ (GS 4). Von daher stehen wir gerade als Sozialbistum immer

⁶ Ebd., 70.

wieder vor der Herausforderungen, die mit dem bekannten Dreischritt „Sehen, Urteilen und Handeln“ beschrieben werden.

Wer von der „Welt von heute“ nichts versteht, der versteht auch nichts von der „Kirche in der Welt von heute“ und kann das Evangelium dieser Welt auch nicht erschließen. Von daher benötigt ein Sozialbistum viel Analysekompetenz und Sachverstand. Es geht um das genaue Hinsehen und das Bemühen, den Dingen auf den Grund zu gehen. Dies kann um so besser gelingen, als wir als ehren- und hauptamtliche Laien, als Priester und Bischöfe, als Verbände, Pfarreien und Bistum gut zusammenarbeiten und unsere jeweiligen Kompetenzen einander produktiv zur Verfügung stellen.

Es geht aber nicht nur darum, die Welt zu verstehen, sondern auch das Selbstverständnis der Kirche in der Welt ist immer wieder neu zu formulieren. Es geht um das richtige Urteilen und um die Bewertung richtig/falsch, gut/böse, gerecht/ungerecht vor dem Hintergrund unseres Auftrags, der biblischen Botschaft und der Tradition der Kirche. Dabei gilt es zu akzeptieren, dass dieses Selbstverständnis in manchen Bereichen Wandlungen unterworfen ist und sein muss (*ecclesia semper reformanda*). Konnte man zu Zeiten der Bistumsgründung noch von einer Volkskirche sprechen, so ist die Kirche heute ein Teil einer hochgradig ausdifferenzierten Gesellschaft. Ich werde nicht müde zu betonen: Wir sind nicht mehr Volkskirche, aber wir bleiben Kirche im Volk mit volkskirchlichen Elementen. In dem Veränderungsprozess, in dem wir uns als Kirche in Deutschland und in Essen befinden, gibt es viele „Ungleichzeitigkeiten“. Wir sind auf der einen Seite nicht mehr Volkskirche, aber auf der anderen Seite finden sich noch viele volkskirchliche Elemente in unseren Kirchengemeinden. (Und das ist gut so.) Aber auf Dauer wird sich dies immer weiter verändern. Was sich aber nicht verändern darf ist, dass wir Kirche im Volk bleiben – solidarisch mit allen Menschen und der Welt zugewandt.

Von daher wird es eine große Herausforderung sein, das Zueinander von Kirche und moderner Gesellschaft immer wieder neu zu bestimmen. Z. B. bildet unser Einsatz für die Bewahrung der Sonntagskultur – für die Sie ja auch als Verbände eintreten – einen deutlichen Kontrast zur modernen Gesellschaft, die ihre ökonomische Logik auf alle Bereiche des Lebens ausbreitet und bei aller Produktivitätsorientierung, den Menschen aus den Augen zu verlieren droht. Auf der anderen Seite finden z. B. moderne Managementmethoden aus der Wirtschaft, wie Qualitätsmanagement und Personalentwicklung heute häufig auch im kirchlichen Bereich ihren Niederschlag. Wir – Sie als Verbandsvertreter und ich als Bischof – sind gemeinsam Vertreter der katholische Soziallehre, die in der Gesellschaft verkündet und zur Geltung gebracht werden will, auf der anderen Seite sind wir aber vor allem eine *lernende Kirche*.

Als Sozialbistum beteiligen wir uns in der gesellschaftspolitischen Debatte immer dann, wenn es um den Wert und die Würde des Menschen geht, wenn es darum geht, christliche Werte und Normen zu benennen. Und dies geschieht in unserem Bistum an vielen Orten. So

hat, um nur ein Beispiel zu nennen, der Juristenrat des Bistums jüngst zur Entscheidung des Bundesgerichtshofes zur Auswahl von Embryonen im Rahmen der Präimplantationsdiagnostik öffentlich Stellung genommen und kritisiert, dass die Präimplantationsdiagnostik einer Zeugung auf Probe gleichkomme und so dem Schutz der Menschenwürde nach Art. 1 GG widerspreche.

Insgesamt gehört es zum Sozialbistum Essen, Optionen für Arme, Schwache und Benachteiligte zu ergreifen. Weil sie selbst ihre Stimme nicht erheben können, müssen wir ihre berechtigten Interessen nachhaltig in die gesellschaftlichen Debatten einbringen. Dies ist eine bleibende Herausforderung. Es geht dabei vor allem um Jugendliche, die keinen Schulabschluss haben oder keinen Ausbildungsplatz bekommen. Es geht um prekäre Arbeitssituationen und Mitbestimmungsrechte. Es geht um Fragen des Existenzminimums. Die biblische „Option für die Armen“ „lenkt den Blick auf die Empfindungen der Menschen, auf Kränkungen und Demütigungen von Benachteiligten, auf das Menschenunwürdige, auf strukturelle Ungerechtigkeit“⁷. Das Bistum Essen fühlt sich in besonderer Weise diesen benachteiligten Menschen verpflichtet und unterhält aus diesem Grunde Schulen verschiedenen Schultyps und fördert Jugendarbeit. Es unterstützt darüber hinaus Ausbildungsinitiativen und eine ganze Reihe von karitativen Diensten.

Der zunehmende gesellschaftliche Pluralismus ist eine weitere große Herausforderung für das Sozialbistum, insbesondere und verstärkt im Ruhrgebiet. Das Nebeneinander von Menschen, die verschiedenen Religionen und Ethnien angehören, unterschiedliche kulturelle Hintergründe haben und letztlich auch verschiedene Interessen verfolgen, lassen in vielen den Wunsch nach Identität und Heimat groß werden. Wir müssen als Sozialbistum auch Verantwortung für den „sozialen Kitt“ in der Ruhrgebietsregion übernehmen. Am vergangenen Wochenende haben wir die „Interkulturelle Woche“ in Essen eröffnet – „Integration“ ist ein wichtiges Thema, aber auch „Familie“. Wir wollen die Familien stärken und uns für die Integration einsetzen, denn es geht um den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Familien sind die wichtigsten gesellschaftlichen Kohäsionskräfte, sie schaffen die Orte, an denen Menschen ganz Person sein und Beziehung leben dürfen, völlig unabhängig von Funktionsbezügen. Die Familie, so sagt es der Soziologe Niklas Luhmann, ist der „Umkleideraum“ für die verschiedenen gesellschaftlichen Rollen, die wir zu spielen haben. Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt übernehmen neben den Familien gerade Kirchengemeinden, karitative und pädagogische Einrichtungen sowie Verbände in den Stadtteilen eine große Verantwortung.

Die demografische Entwicklung, der Wegzug aus dem Ruhrgebiet und die damit verbundenen städtebaulichen Probleme, die Zukunft der Energiepolitik, Fragen des Existenzminimums, die größer werdende Schere zwischen Armen und Reichen etc. – all das

⁷ Gemeinsames Wort, Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, Nr. 107.

sind große Herausforderungen, den wir uns als Kirche und insbesondere als Sozialbistum zu stellen haben. Darüber hinaus müssen wir unseren Blick auch weiten. Wir dürfen der Gefahr, selbstbezüglich nur auf uns zu schauen, nicht nachgeben: Die Welt ist dank moderner Kommunikationsmittel näher zusammengerückt. Viele Probleme lassen sich nicht mehr national oder regional beschreiben und schon gar nicht lösen. Wir bekommen heute Kenntnis von Leid und Katastrophen überall in der Welt. Wir haben als Sozialbistum, als Teilkirche der Weltkirche auch Verantwortung für die große Welt. In Verbindung mit anderen kirchlichen Akteuren, wie z. B. Adveniat, ist es uns aufgetragen, deutlich zu machen, dass Gerechtigkeit in der Welt möglich ist und dass die Frohbotschaft vom kommenden Reich Gottes allen Menschen gilt.

III. Konsequenzen für die Verbandsarbeit im Bistum Essen

Abschließend möchte ich noch einige Bemerkungen zu den Konsequenzen machen, die ich aus dem Gesagten für Ihre Arbeit in den Verbänden sehe. Vorweg kann ich Ihnen versichern, dass auch in Zukunft die große Tradition des Ruhrbistums weitergeführt wird, vielfältige Netzwerke in den gesellschaftspolitischen Raum hinein zu unterhalten. Die bestehenden Räte werden z. B. weiterentwickelt und den aktuellen Bedingungen und Erfordernissen angepasst. Darüber hinaus unterhält das Ruhrbistum als Sozialbistum vielfältige weitere Gesprächszusammenhänge, in denen sich der gesellschaftliche Dialog der Kirche entfaltet.

Dieser gesellschaftliche Dialog der Kirche lebt insbesondere vom Engagement der Laien. Sie sind Träger der Soziallehre der Kirche und machen das Sozialbistum anschaulich und persönlich erfahrbar. Das Zweite Vatikanische Konzil sprach vom „Weltauftrag der Laien“, die in der Welt wie ein „Sauerteig“ wirken sollen. Die Sozialverbände sind (neben den Pfarreien und Orden) eine besondere Vergemeinschaftsform in der Kirche, die vor allem von Laien geprägt ist. Die verschiedenen Verbände haben ihre jeweilige Geschichte, ihren spezifischen Gründungsanlass und sind unterschiedlich erfolgreich in der heute immer schwierigeren Frage der Mitgliederbindung. Wie bei vielen anderen Gruppierungen in der Gesellschaft gibt es mehr oder weniger starke Probleme in der Altersstruktur.

Mir ist wichtig, dass Sie in Ihren Verbänden sich immer wieder neu an ihrer Programmatik orientieren. Wenn Sie dabei feststellen, dass aufgrund gesellschaftlicher Entwicklung (Modernisierung) Ihnen die „klassischen Themen“ abhanden kommen, müssen Sie neu um Profilierung ringen: Heute steht nicht mehr so sehr „der Arbeiter“, „die Frau“, „der Handwerker“ unter Repräsentationslogik im Zentrum des Interesses. Vielmehr geht es heute um sachliche Problemorientierung, um konkrete Sozialpolitik, um den Erhalt der Familie als Lebensform, um gute Möglichkeiten, als Jugendliche Gemeinschaft und einen Weg in ein

eigenverantwortliches Leben zu finden. Verbände als kirchliche Vergemeinschaftungen geben Menschen dabei Heimat. Sie sind darüber hinaus das wichtige Bindeglied in den jeweiligen gesellschaftlichen Kontext. Wenn Sie sich „anwaltschaftlich“ für die Menschen, für Gerechtigkeit und Gemeinwohl einsetzen wollen, müssen Sie sich immer stärker in die gesellschaftspolitischen Debatten einbringen. Bei aller Medienfixierung auf uns Bischöfe haben Sie in einer solchen, am christlichen Menschenbild orientierten politischen Arbeit als Laien ihr besonderes Charisma in Kirche und Gesellschaft.

Vielen Dank für Ihr Engagement!